Kundgebung - Über 500 Menschen protestieren gegen NPD-Auftritt. Antifa-Sitzblockade wäre beinahe eskaliert

Lautstarkes Signal gegen Rechts

VON ULRIKE GLAGE

REUTLINGEN. Organisator Rüdiger Weckmann von der Linken hatte mit 150 Demonstranten gerechnet. Doch es waren über 500 Menschen – mit dabei Oberbürgermeisterin Barbara Bosch – aus den verschiedensten Gruppierungen und Lagern (außer den Konservativen), die gestern Vormittag ein lautstarkes Zeichen gegen den Wahlkampfauftritt der NPD auf dem Listplatz setzten: Die Reden der Rechten gingen gnadenlos unter im gellenden Lärm aus Trillerpfeifen, Trommeln, Megaphon-Sirenen und »Nazis raus«-Rufen.

Die friedliche Demo ging aber haarscharf an einem unfriedlichen Ende vorbei: Die Lage spitzte sich zu, als Antifa- und Zelle-Aktivisten mit einer Sitzblockade die Abfahrt des NPD-Trosses zu verhindern suchten.

Schon kurz nach 8 Uhr tummelten sich um die 200 Leute auf dem Bahnhofsvorplatz. Und es wurden immer mehr. Eine kunterbunte, parteiübergreifende, friedliche Mischung. Und alle waren sich einig. »Grundkonsens ist: Wir wollen die Nazis mit ihren ausländerfeindlichen und rassistischen Hetzreden in Reutlingen nicht hören«, sagte Rüdiger Weckmann.

Zu hören waren die NPD-Aktivistenspäter tatsächlich nicht. Zu verhindern war ihr Wahlkampf-Auftritt – sie touren mit ihrem Werbelaster derzeit durch den Südwesten – auch nicht, sagt Ordnungsamtsleiter Albert Keppler. Das Versammlungsrecht gelte auch für die NPD, die eine zur Wahl zugelassene Partei sei. Außerdem habe die Verwaltung eine strikte Neutralitätspflicht im Vorfeld der Wahlen. »Das ist eine dreifache Eingriffshürde«, nennt Keppler den Grund, warum die Stadt den Auftritt nicht einfach verbieten konnte.

Mit Anti-Konflikt-Team

Eine der Auflagen waren Absperrungen zwischen den Kundgebungsteilnehmern und den NPD'lern. Um, so Keppler, zu verhindern, »dass jemand verletzt wird, wir wollen keine Märtyrer«. Die Zuweisung verschiedener Plätze war eine der Vorkehrungen, um Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Dazu kam laut Keppler die Auflage für die NPD, dass nichts in Richtung Volksverhetzung geäußert werden darf, und für die Gegendemo, dass »die Verhinderung einer genehmigten Versammlung verboten ist«. Eine Gruppe junger Leute wollte sich zunächst nicht auf die für die Antikundgebung vorgesehene Seite begeben – ein Konflikt, der schnell bereinigt werden konnte. Hinter der Abschrankung machten zusätzlich Bereitschaftspolizisten die Reihen dicht.

Die Polizei war mit 150 Kräften im Einsatz, davon 100 von der Bereitschaftspolizei. Für den Fall von Straffällen war Oberstaatsanwalt Dr. Martin Klose vor Ort. Auch mit dabei drei speziell geschulte Beamte eines »Anti-Konflikt-Teams«, die gegen später einiges zu tun bekommen sollten.

Mit Reden und Liedern verkürzten sich die Kundgebungsteilnehmer die Zeit bis zum Eintreffen der NPD'ler. Das Verbot der Rechts-Partei sei längst überfällig, so Harry Mischke, ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender, unter dem lauten Beifall der Menge. Allerdings brauche es auch präventive Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt. Und: »Dieser braune Sumpf hat in Reutlingen nichts verloren!« Faschismus, so die SPD-Bundestagskandidatin Rebecca Hummel, sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen. »Wir müssen den Nazis zeigen: Ganz Reutlingen will Euch hier nicht haben.«

Klare Ansage auch von Oberbürgermeisterin Barbara Bosch. Sie verwies auf die reichsstädtische Tradition Reutlingens und seine demokratischen Strukturen. »Rechtslastigen Umtrieben dürfen wir hier keinen Platz einräumen.« Und, so die OB: »Wir bitten Sie: treten Sie ein und demonstrieren Sie friedlich für ein demokratisches Reutlingen.«

Es müsse verhindert werden, dass die NPD ihre menschenverachtenden Parolen verbreite, forderte ein Zelle-Vertreter. Viel weiter kam er nicht: Der NPD-Laster samt Begleitfahrzeugen bog um die Ecke, und die Rede des jungen Mannes ging unter im prompt einsetzenden ohrenbetäubenden Lärm der Demonstranten.

Der sollte während der ganzen Kundgebung nicht abreißen. Egal, ob NPD-Parteivorsitzender Holger Apfel, die Landesvorsitzende des »Rings nationaler Frauen« Edda Schmidt oder Rechtsaußen Axel Heinzmann – trotz riesiger Lautsprecher hatte das verstreute Häuflein von NPD-Aktivisten keine Chance gegen den phonstarken Protest, den die Demonstranten eine gute Stunde lang durchhielten – wohl dem, der Ohrstöpsel dabeihatte.

Karlstraße blockiert

»Nazis raus« war die am häufigsten gerufene Parole. Als die NPD'ler wieder abfahren wollten, war die Karlstraße schon blockiert. Die Polizei lotste sie wieder zurück. Die Blockierer rannten hinterher, Eier flogen gen NPD-Laster. Auf dem P+R-Parkplatz an der Burkhardt+Weber-Straße saßen die NPD'ler in ihren Fahrzeugen schließlich fest: Antifa- und Zelle-Aktivisten hinderten sie mit einer Sitzblockade am Weiterfahren und ließen sich davon auch vom anfangs recht ruppigen Einsatz der Polizei nicht abbringen. Man wolle, so die Begründung der Blockierer, die Rechten daran hindern, ihren nächsten Termin in Bad Cannstatt wahrzunehmen.

Verdi-Geschäftsführer Martin Gross, Grünen-Bundesagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke, Rüdiger Weckmann, sogar Reutlingens Pressesprecher Wolfgang Löffler und nicht zuletzt Polizeirevier- und Einsatzleiter Michael Simmendinger versuchten, die Blockierer zum Abziehen zu bewegen. Zunächst vergeblich. Doch als die Polizei ein Zeit-Ultimatum stellte und sowohl die Räumung als auch Anzeigen wegen Nötigung ankündigte, setzten die jungen Leute langsam und unter Protest zum Rückzug an.

Gegen 12 Uhr konnten die NPD'ler begleitet von Polizeifahrzeugen Reutlingen verlassen. »Auf beiden Seiten haben die Vernünftigen gesiegt«, meinte Martin Gross erleichtert. »Wir sind froh, dass es ohne Eskalation abgegangen ist«, fand auch Rüdiger Weckmann. (GEA)